

MIT SPERRFRIST BIS AM FREITAG, 1. APRIL 2011, 16.30 UHR

Medienmitteilung Verbände der Gebäudehülle und des Ausbaugewerbes / 1. April 2011

Eigenständige Haltung zur Revision des CO₂-Gesetzes

Gewichtige Verbände aus dem Gebäudehülle- und Ausbaugewerbe machen sich für die Fassung des CO₂-Gesetzes gemäss Ständerat stark: Sie nehmen die Herausforderung einer 20%-CO₂-Reduktion im Inland als Chance für das einheimische Gewerbe wahr. Lediglich in einem Punkt weichen sie vom Ständerat ab: Sie lehnen eine Treibstoffabgabe ab.

«Im Gebäudebereich besteht ein enormes CO₂-Reduktionspotenzial. Rund 1,5 Mio. Gebäude sind sanierungsbedürftig. 800'000 Schweizer Häuser werden fossil beheizt. Die energetische Sanierungsrate beträgt heute weniger als 1%. Die unseren Verbänden angeschlossenen KMU sind in der Lage, dieses Potenzial zu realisieren. In den Gesetzen müssen aber Anreize geschaffen werden, damit aus guten Absichten auch Taten werden», stellt Alfons P. Kaufmann, Präsident der Verbände der Gebäudehülle und des Ausbaugewerbes (GAG) und Präsident des Schweizerischen Maler- und Gipserunternehmerverbands (SMGV), fest.

Markt braucht Rahmenbedingungen: Ja zu 20% CO₂-Reduktion im Inland

Ebenfalls marktwirtschaftlich argumentiert Peter Schilliger, Präsident suissetec: «Als Liberaler ist mir wichtig, dass nicht mit Verboten und Geboten, sondern mit Zielen gelenkt wird. Ziele im Sinne von Anreizen fördern Innovationen und den technologischen Fortschritt. Die Eigenverantwortung bleibt bei jedem Einzelnen. Damit werden auch unsere KMU gefordert. Aber wir nehmen diese Herausforderung an, weil sie Chancen eröffnet und die Schweiz voranbringt.» Weiter führt Peter Schilliger aus, dass bereits bestehende, freiwillige Massnahmen der Wirtschaft durch das neue CO₂-Gesetz nicht unterbunden würden: «Im Gegenteil: Das 20%-Inlandziel können wir nur erreichen, wenn die freiwilligen Zielvereinbarungen zwischen der Energieagentur der Wirtschaft und den Unternehmen aufrecht erhalten bleiben. Das revidierte Gesetz sieht denn freiwillige Massnahmen auch explizit weiterhin vor.»

Arbeitsplätze im Inland statt Erdölmilliarden

Gemäss einer Studie von Energie-Trialog Schweiz ist die Kompensation von 25% CO₂ im Inland bis 2020 realistisch, wenn die Politik die Rahmenbedingungen setzt. Andere Untersuchungen (z. B. McKinsey, Ernst Basler + Partner) zeigen, dass Emissionsreduktionen im Inland sich volkswirtschaftlich lohnen, weil nur so teure Importe von fossilen Energien entfallen und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Umsetzung von Energieeffizienz-Massnahmen bringt der Schweiz bis 2020 netto 11'000 neue Arbeitsplätze. Sind überhaupt ausreichend Fachkräfte vorhanden? «Die verstärkte Betonung ökologischer Aspekte im Bau macht unsere Berufsfelder für junge Leute attraktiver: Es werden ihnen interessante Perspektiven eröff-

net. Zudem werden auch bei einem ambitionierten CO₂-Ziel die Arbeiten über viele Jahre resp. mehrere Jahrzehnte verteilt anfallen, was eine Überhitzung verhindert.» So Hans Rupli, Präsident von holzbau schweiz.

Nationalrat Ruedi Lustenberger, Präsident des Verbands Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten, weist auf die Vorteile der einheimischen Ressource Holz hin: «Wir sollten Holz noch besser in der Kaskade nutzen und vermehrt in Neu- und Umbauten einsetzen. Dass nun auch der Ständerat den Beitrag von verbautem Holz in der CO₂-Bilanz als Senke anrechnet, ist zu begrüßen, weil es sachlich richtig ist. Schliesslich wachsen in unseren Wäldern jährlich 10 Millionen Kubikmeter Holz nach, ohne dass der Mensch etwas dazu tun muss.»

Rückkommensanträge sind politisch fragwürdig

Verschiedene Nationalräte der UREK-N haben in den letzten Tagen Post erhalten von der Pharmabranche, vom schweizerischen Gewerbeverband, von economiesuisse usw. Die Mitglieder der UREK-N werden aufgefordert, einen Rückkommensantrag zu den CO₂-Reduktionszielen zu stellen. «Wenn dieser dahin zielen sollte, die seit mehr als einem Jahr gut funktionierende Teilzweckbindung auszuhebeln, wäre das ein schlechter Politakt wider Treu und Glauben. Das nationale Gebäudeprogramm ist sehr gut angelaufen und schon nach 15 Monaten ein eigentliches Opfer des eigenen Erfolges. Weil die Durchführungsstellen mit Gesuchen überhäuft werden, mussten per heute bereits Anpassungen vorgenommen werden», sagt Nationalrat und Mitglied der UREK-N Ruedi Lustenberger. «National- und Ständerat haben sich nach Abwägung aller Aspekte klar für das Reduktionsziel von 20% bis 2020 im Inland ausgesprochen, nach dem Motto: Besser Wertschöpfung im Inland schaffen als Steuergeld in einen fragwürdigen internationalen Zertifikathandel exportieren.»

CO₂-Reduktionsziel erreichen und gleichzeitig Stromeffizienz steigern

Gleichzeitig zur CO₂-Reduktion muss nach dem Willen der GAG-Verbände auch die Stromeffizienz gesteigert werden. Pirmin Gassmann, Präsident Verband Schweizerischer Elektroinstallationsfirmen (VSEI): «Die Spitzenbelastung der Stromnetze ist ein zunehmendes Problem. Mit intelligenten Netzen (Smart Grid) und technologisch eingebundenen Abnehmern und Klein-Stromeinspeisern ins Netz (Smart Metering) könnte allein in der Schweiz die Stromproduktion in der Grössenordnung des Baselstädtischen Stromverbrauchs eingespart werden. Weiter sollten nur noch die energieeffizientesten Haushaltgeräte zu Einsatz kommen und alles unternommen werden, um den sogenannten Betrieb ohne Nutzen (Stand-by) von Elektrogeräten zu stoppen. Auch dies bringt schon Stromspareinsparungen im 2-stelligen Prozentbereich und dies ohne Komfortverlust.» Peter Schilliger weist in diesem Zusammenhang auf die noch über 230'000 Elektro-Widerstandsheizungen in der Schweiz hin: «Selbst wenn all diese Elektroheizungen durch Wärmepumpen ersetzt würden, die ja bekanntlich auch Strom brauchen, könnte der Stromverbrauch in der Grössenordnung eines AKW's gesenkt werden. Wir haben heute in der Gebäudetechnik die Möglichkeiten, Anlagen und Geräte einzusetzen, die je länger je mehr auch eine Netto-Energielieferung nach aussen zulassen. Stichwort: Plusenergiehaus.»

Ein Schwachpunkt im CO₂-Gesetz: Die Erhöhung der Treibstoffabgabe

Nicht anfreunden können sich die Repräsentanten der GAG-Verbände mit der vom Ständerat wieder eingebrachten Möglichkeit der Erhöhung der Treibstoffabgabe. Diese trifft das Transportgewerbe, aber auch andere KMU unverhältnismässig stark. Alfons P. Kaufmann: «Viele unserer KMU sind auf Nutzfahrzeuge angewiesen, die leider noch immer einen relativ hohen Treibstoffverbrauch haben. Sie können nicht ausweichen. Deshalb bitten wir hier den Nationalrat, im Differenzbereinigungsverfahren die CO₂-Abgabe auf Treibstoffen so zu belassen, wie sie bis anhin war. Dann haben wir ein Gesetz, das wirklich allen KMU dient.»

Auskünfte erteilen die Referenten:

Alfons P. Kaufmann, Präsident der Verbände der Gebäudehülle und des Ausbaugewerbes (GAG) und Präsident Schweizerischer Maler- und Gipserunternehmerverbandes (SMGV),
Tel.: 079 209 35 10

Pirmin Gassmann, Präsident Verband Schweizerischer Elektroinstallationsfirmen (VSEI),
Tel.: 044 444 17 17

Nationalrat Ruedi Lustenberger, Präsident Verband Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten (VSSM), Tel.: 079 211 63 40

Hans Rupli, Präsident Verband Schweizer Holzbau-Unternehmungen (holzbau schweiz),
Tel.: 079 773 72 38

Peter Schilliger, Präsident Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband (suissetec), Tel.: 078 671 14 18

Auskünfte allgemeiner Natur / Koordination:

Pia Stebler, Dr. Pia Stebler Consulting – Politik- und Managementberatung, Aarau,
Tel.: 079 674 45 45